59. Jahrgang No. 93

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Freitag, 24. Februar 1911

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. **Abonnementspreis** für Gross-Berlin: **20 Pfennig wöchentlich** bzw. **85 Pfennig monatlich** frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.90 und vierteljährlich Mark 2.70. **Insertionspreis** für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen: das Wort 6 Pfennig, das fette Ueberschriftwort 15 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Strasse 48—49.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Tel.: Amt I, Nr. 10 131-10 148. Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbusserstr. 1, Wienerstr. 1—8, Frankfurter Allee 61—62, Gr. Frankfurterstr. 31 u. 97, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 7, Badstr. 55, Königstr. 56—57, Rosenthalerstr. 65, Rathenowerstr. 5, Potsdamerstr. 38, Leipzigerstr. 105, Fischerstr. 46, Charlottenburg: Tauentzienstr. 8 a, Kantstr. 34, Scharrenstr. 20; Friedenau-Stegitzer Rheinstr. 39; Gross-Lichterfelde West: Carlstr. 1—3; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz, Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 129; Pankow: Bornholmerstr. 1; Rixdorf: Berlinerstr. 41; Schöneberg: Hauptstrasse 105, Tegel: Berlinerstr. 96; Weissensee: König-Chaussee 61 b; Wilmersdorf: Uhlandstr. 95—98.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Ein Ausweg.

Nicht der Kaiser, sondern der Kronprinz!

In der vielumstrittenen Frage, ob der deutsche Kaiser zur italienischen Nationalfeier nach Rom reisen werde oder nicht, ist man jetzt auf einen Ausweg verfallen.

Der Kaiser reist nicht. Damit will der verantwortliche Leiter der deutschen auswärtigen Politik, der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, offenbar dem Zentrum zu verstehen geben, daß er die feindlichen Empfindungen des Vatikans gegenüber dem vor vierzig Jahren geeinigten italienischen Königreiche und gegenüber dem italienischen Königshause schonen will. Denn nach der stets energisch vertretenen Anschauung der römischen Kurie ist die Einverleibung des gänzlich verrottet gewesenen Kirchenstaates in Italien ein „Raub", und die italienische Königsfamilie wird im Vatikan offiziell als eine „Usurpatorenfamilie" angesehen. Auf den deutschen Katholikentagen, den internationalen Parteitagen des Zentrums, sind immer und immer wieder Resolutionen angenommen worden, die auf eine Zerreißung des italienischen Staates und auf eine Rückgabe des ehemaligen Kirchenstaats an den Papst hinausliefen, obwohl der Begründer des Christentums, dessen „Stellvertreter auf Erden" der Papst zu sein behauptet, ausdrücklich erklärt hat: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt."

Das Zentrum wird also den Reichskanzler loben, daß er dem Kaiser den Rat gegeben hat, aus Anlaß des italienischen Nationalfestes nicht nach Rom zu gehen. Den Rücksichten auf eine starke Betonung des Dreibundes hat der Reichskanzler dabei ersichtlich weniger Rechnung getragen als dem Bestreben, sich die Zirkel des schwarzblauen Blocks durch die etwaige Mißvergnügtheit des großmächtigen Zentrums nicht stören zu lassen.

Nun aber würde es, wie schon mehrfach von uns hervorgehoben, in ganz Europa und darüber hinaus das größte Aufsehen erregen, ja, es würde als eine schwere Brüskierung Italiens empfunden werden, wenn sich das Deutsche Reich von der Teilnahme an der italienischen Nationalfeier ausschlösse. Denn immerhin ist Italien nach dem Dreibundabkommen der Verbündete des Deutschen Reiches.

Der österreichische Kaiser, der andere Verbündete, bleibt fern, weil er — die Geschichte macht manchmal solche Scherze — Italien dazu gratulieren müßte, daß es vor vierzig Jahren seine nationale Einheit im Kampf gegen Oesterreich durch Abschüttelung des österreichischen Joches in der Lombardei und Venetien errungen habe. Dem alten Herrn wird man es daher nicht allzusehr übel nehmen, wenn er sich den Strapazen eines solchen Glückwunsches nicht aussetzt. Bei dem Kaiser Franz Josef kommen außerdem Rücksichten auf den Vatikan in Frage, die seit 1871 in Wien traditionell sind und über die der Kaiser, ein treuer Sohn seiner Kirche, jetzt, am Spätabende seines Lebens, nicht mehr wird hinweggehen wollen.

Frankreich sendet sein Staatsoberhaupt nach Rom. Etwas muß also auch vom Deutschen Reiche aus geschehen. Herr v. Bethmann Hollweg hat demgemäß, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, einen Kompromißvorschlag bei der Krone empfohlen und durchgesetzt, den die „Nordd. Allg. Ztg." in einer hochoffiziösen Notiz mitteilt. **Danach wird der Kronprinz** sich nach seiner Rückkehr aus Indien **einige Zeit in Aegypten aufhalten** („um einen zu schroffen Klimawechsel zu vermeiden"). An den Aufenthalt in Aegypten wird sich dann voraussichtlich ein Besuch des Kronprinzenpaares bei dem Kaiser und der Kaiserin auf der Insel Korfu anschließen. Im Laufe des April werden der Kronprinz und die Kronprinzessin **einen offiziellen Besuch in Rom abstatten,** um dem König und der Königin von Italien **die Glückwünsche des deutschen Kaiserpaares zur italienischen Nationalfeier darzubringen.**

Aus diesem Zugeständnis ist auf alle Fälle ersichtlich, daß die blauschwarze Politik Bethmanns die Stimme der öffentlichen Meinung, weder im Deutschen Reiche, noch in Italien, noch im übrigen Europa nicht ganz außer Acht lassen kann, mögen auch die berufenen und unberufenen, die Muß- und die freiwilligen Offiziösen noch so laut gegen die unabhängige Presse toben, die eine Vertretung des Deutschen Reiches bei der italienischen Nationalfeier für unerläßlich gehalten haben!

Auch ein Amtsvergehen! Gegen den Oberlehrer Mirus zu Dortmund, den Vorsitzenden des Verbandes deutscher Impfgegnervereine, eröffnete das Münstersche Provinzialschulkollegium ein Disziplinarverfahren wegen „öffentlichen agitatorischen Auftretens gegen das Impfgesetz". Dieses Vorgehen ist selbst dem konservativen „Reichsboten" zu starker Tabak, denn er bemerkt zu der Mitteilung: „Das wird einiges Kopfschütteln erregen."

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung die Vorlage über die Prägung von drei Millionen Mark in Fünfpfennigstücken sowie den Entwurf einer zweiten Ergänzung des Besoldungsgesetzes den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die Vorlage über den am 13. November 1909 in Bern unterzeichneten Niederlassungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweiz wurde angenommen.

Kurze Chronik.

Der deutsche Kaiser trifft am 5. März in Wilhelmshaven zur Vereidigung der dortigen Marinerekruten ein und wird sich dort bis zum 7. März aufhalten.

Der deutsche Kronprinz ist gestern von Kalkutta nach Bombay abgereist.

* Der französische Kriegsminister General Brun ist gestern in Paris plötzlich gestorben.

Die Antwort Chinas auf die russische Note ist gestern in Petersburg veröffentlicht worden.

Die bulgarische Sobranje hat den provisorischen Handelsvertrag mit der Türkei und die Konsularkonvention mit Italien einstimmig angenommen.

* Näheres im Text des Blattes.

Die neue Heeresvorlage.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde mit der Beratung der Heeresvorlage begonnen, die der zweiten Beratung des Militäretats vorangestellt worden ist.

Der Zentrumsabgeordnete Speck brachte die Bewilligkeitsfreudigkeit zum Ausdruck, die jetzt im Zentrum bis auf geringe Ausnahmen gegenüber allen Mehrforderungen der Militär- und Marineverwaltung vorhanden ist. Der Sozialdemokrat Stücklen kritisierte drastisch die Wandlungen, die in dieser Hinsicht im Zentrum vor sich gegangen sind, und legte den prinzipiell ablehnenden Standpunkt seiner Partei gegenüber dem Militarismus dar. Der Nationalliberale Bassermann sprach sich für die Vorlage aus, der Fortschrittler Wiemer hob die finanziellen Schwierigkeiten hervor, die die Deckung der neuen Heereserfordernisse im Reichsetat verursachen müssen.

Nach einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem General v. Liebert und den Sozialdemokraten hielt der Kriegsminister v. Heeringen eine sehr schwache Rede zur Befürwortung der Vorlage. Da das Zentrum die nötigen Mannen zur Durchbringung der Vorlage stellen wird, braucht sich der preußische Kriegsminister allerdings nicht in besondere Unkosten zu stürzen.

Bemerkenswert war in der gestrigen Sitzung, daß sich der Zentrumsabgeordnete Heim gegen die Vorlage aussprach. Eine Schwalbe macht aber keinen Sommer, und sehr groß wird die Zahl der süddeutschen Zentrumsleute nicht sein, die gegen die Vorlage stimmen werden.

Am Schluß der gestrigen Debatte gab der Reichsschatzsekretär Wermuth die Erklärung ab, das Reichsschatzamt sei fest entschlossen, zur Deckung der Neuforderungen der Heeresverwaltung keine neuen Steuern zu erheben. Versprechen läßt sich viel. Aber abwarten wird man müssen, ob Herr Wermuth in der Lage sein wird, sein Versprechen zu erfüllen.

Die namentliche Abstimmung über § 1 der Vorlage soll in der heutigen Sitzung erfolgen.

Das Herrenhaus

erledigte gestern eine Anzahl kleinerer Vorlagen. Hierauf wählte es die Kommissionen für die Gesetzentwürfe über das Fortbildungsschulwesen und für die Zweckverbandsgesetze, die dem Hause demnächst zugehen werden. In die Kommission für die Zweckverbandsgesetze wurden 25 Mitglieder gewählt. Unter diesen befinden sich acht Oberbürgermeister. Das Herrenhaus wäre hier einmal in der Lage, eine Kommission mit lauter Sachverständigen zu besetzen, die Sachverständigen bilden aber noch nicht ein Drittel der Kommission. Nach jedenfalls sehr anstrengenden Kommissionswahlen vertagte sich das Haus bis Ende März.

Die Beratung des Eisenbahnetats

wurde in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zu Ende geführt.

Beim Kapitel „Besoldungen" wurde das Recht und die Notwendigkeit, daß die Abgeordneten die Versammlungen der Eisenbahner besuchen, noch einmal mit Entschiedenheit von dem fortschrittlichen Abgeordneten Funck betont. Selbst der Freikonservative Eckert stimmte hierin dem Redner der Linken bei. Nachdem der Zentrumsabgeordnete Giesberts und der Eisenbahnminister gemäß der gegenwärtigen politischen Konstellation sich gegenseitig mit artigen Schmeichelworten regaliert hatten, wurde ein Schlußantrag angenommen. Hierauf wurde der von allen bürgerlichen Parteien unterstützte Antrag Friedberg auf Gleichstellung der Eisenbahnassistenten in Preußen und im Reiche angenommen.

Bei dem Kapitel „Pensionen und Wohlfahrtszwecke" machte der Debatte ein Schlußantrag vorzeitig ein Ende. Die Abgeordneten Runze von der Volkspartei und Leinert von den Sozialdemokraten konnten nur ihrem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß sie verhindert worden seien, ihre Wünsche für die Beamten und Arbeiter vorzutragen.

Bei dem Titel „Anteil Hessens an der Eisenbahngemeinschaft" rief der Konservative v. Pappenheim einige sehr unfreundliche Worte nach Hessen hinüber und der Eisenbahnminister v. Breitenbach sekundierte ihm hierbei. Ein derartiges Vorgehen wird sicherlich nicht zur Erhöhung der Reichsfreudigkeit in Deutschland beitragen.

Nachdem darauf eine große Anzahl von Rednern lokale Wünsche vorgebracht hatte, wurde der Rest des Eisenbahnetats genehmigt.

General Brun †

(Telegraphische Berichte.)

Paris, 23. Februar.

Der Kriegsminister General Brun ist heute nachmittag plötzlich gestorben. Kriegsminister Brun litt seit etwa vierzehn Tagen an einer leichten Grippe und einer beginnenden Aderentzündung, und hütete infolgedessen das Zimmer. Heute vormittag empfing er den Kabinettschef General Ebener und unterzeichnete dringende Sachen. Als er dann, auf das Frühstück wartend, im Zimmer auf und ab ging, brach er plötzlich zusammen. General Ebener war kaum in das Kabinett zurückgekehrt, als ihm gemeldet wurde, der Minister befinde sich schlecht. Ebener eilte zum Minister zurück, der inzwischen die Besinnung wiedererlangt hatte, und den Kabinettschef und den ebenfalls herbeigeeilten Ordonnanzoffizier beruhigte. Als Ebener sich wieder entfernt hatte, fiel der Minister abermals zu Boden und verschied. Der Tod war, wie der herbeigerufene Arzt feststellte, infolge von Arterienverkalkung eingetreten.

Paris, 23. Februar.

Präsident Brisson kündigte in der Kammer in bewegten Worten den Tod des Kriegsministers Brun an. Ministerpräsident Briand fügte namens der Regierung hinzu, daß die Armee und Frankreich selbst einen großen Verlust erlitten haben, und daß die Regierung einen hervorragenden Mitarbeiter betrauere. Die Sitzung wurde sofort geschlossen. Es ist möglich, daß Briand das Portefeuille einem Zivilminister überträgt.

*

General Brun, der zu den fähigsten französischen Generalen gerechnet wurde und sich auch als Militärschriftsteller einen angesehenen Namen erworben hat, löste vor einiger Zeit den General Piquart in dem Amte des französischen Kriegsministers ab. In der letzten Zeit hatte General Brun besonders der Verwendung der Flugapparate für militärische Zwecke seine besondere Aufmerksamkeit zugewandt.

Wenn auf diesem Gebiete die französische Heeresverwaltung, wie allseitig von Sachverständigen anerkannt wurde, einen Vorsprung gegenüber den übrigen europäischen Armeen erlangt hat, so ist dies in erster Reihe das Verdienst des jetzt verstorbenen Kriegsministers.

General Brun besaß ein hervorragendes organisatorisches Talent, das er auch bereits in früheren Stellungen zu betätigen wußte. In der französischen Armee erfreute er sich großen Ansehens und großer Beliebtheit.

Ein griechisch-türkischer Grenzzwischenfall.

Athen, 23. Februar.

(Telegraphischer Bericht.)

Türkische Soldaten, die eine Herde verfolgten, überschritten die griechische Grenze. Die Aufforderung der Grenzwache, das griechische Gebiet zu verlassen, beantworteten sie mit Flintenschüssen. In dem folgenden Streit wurden zwei türkische Soldaten getötet und ein Grieche verwundet.

Die französischen Flottenrüstungen.

(Telegraphischer Bericht.)

Paris, 23. Februar.

Bei der Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfs über den Bau von zwei Panzerschiffen sagte Sembat (Sozialist), England habe seit langer Zeit erklärt, daß es bereit sei, an einer internationalen Vereinbarung für die Beschränkung der Rüstungen teilzunehmen. Er fordere die Regierung auf, eine solche Vereinbarung zu veranlassen. Der Redner griff sodann den Trust der Metallindustriellen an, der ein Interesse an der Fortsetzung der Rüstungen habe, und brachte schließlich im Namen der sozialistischen Partei einen Antrag gegen die Vorlage ein. Der Abgeordnete Goude (Geeinigte Sozialisten) befürwortete den Bau der Panzerschiffe auf den Staatswerften. Es scheine, daß die Modelle der Panzerschiffe „Jean Bart" und „Courbet", die für zukünftige Bauten hätten verwendet werden können, verloren gegangen seien. Diese Modelle seien eine Million wert. (Bewegung). Der Marineminister Boué de Lapeyrere versprach, den Tatbestand festzustellen und der Kammer sofort mitzuteilen. Goude tadelte sodann in scharfer Weise die gegen die Arsenalarbeiter unternommene Kampagne. Die Industrie verstehe es, Opfer zu bringen, um sich gewisse Beamte geneigt zu machen. So habe man gesehen, daß die Lieferungspreise von den Marineingenieuren gefälscht worden seien. (Lärm.) Der Marineminister protestierte gegen diese Anschuldigung.

Die Kombinationen über den Termin der Reichstagswahlen gehen weiter. Einem Privat-Telegramm aus Breslau zufolge meldet die dortige sozialdemokratische „Volkswacht": „Einer